

Weiter als Untergrundorganisation

Hinweis für Nutzer, die über eine Internet-Suchmaschine auf diese Seite gelangt sind. Es wird ausdrücklich darum gebeten, auch die Einleitung zu dieser Internet-Ausgabe zu beachten: [Uraniabuch](#)

Das »Ostbüro« in Westberlin

Im Zuge der Abwehr gegen die psychologische Kriegführung der westlichen Staaten war die WTG-Tätigkeit nicht nur in der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch in Polen, der Tschechoslowakei, der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern verboten worden. Die WTG hörte allerdings nicht auf, der imperialistischen Politik auf religiösem Gebiet zu dienen. Wie die Vorbereitung der illegalen Weiterarbeit durch das Ostbüro in Westberlin zeigte, hatte man längst die Fortsetzung der Tätigkeit als Untergrundbewegung organisiert, wobei das Westberliner Ostbüro der WTG zu einem Zentrum für die illegale Tätigkeit sowohl in der DDR als auch in Polen und in der Sowjetunion wurde.

In den Ausführungen über den Wiederaufbau der WTG-Organisation nach 1945 in Deutschland war dargelegt worden, wie ihre ganze Tätigkeit erneut in die Strategie der »Dambildung gegen Sozialisierung« (Warburg) bzw. des »Zurückrollens des Kommunismus« (Truman-Doktrin) eingeordnet worden war. Bei der Einschätzung und Wertung, der antikommunistischen Untergrundtätigkeit der WTG seit 1950 sollen zunächst die Richtlinien und Regeln dargelegt werden, die generell von US-Militärspezialisten für subversive, zerstörende und umstürzlerische Untergrundtätigkeit in den sozialistischen Ländern entwickelt wurden. Das betrifft insbesondere die psychologische westliche Infiltration, die eine unbedingte Voraussetzung für die imperialistische Kriegführung ist. 1953 ließen sich einige Experten der amerikanischen Ostpolitik darüber wie folgt aus:

Es handele sich dabei um die »geplante Anwendung von Propaganda und damit zusammenhängende Nachrichtenmaßnahmen, die gegen feindliche Gruppen gerichtet sind, um die Meinung, Gefühle, Einstellung und das Verhalten in solch einer Weise zu beeinflussen, dass die Politik und die Ziele der Nation, die sie einsetzt (in diesem Falle die USA, d. V.), geschätzt werden«. (Dictionary of US Army Terms, 1953). In der Zeitschrift der Generalstabsschule der US-Armee »Military Review« vom Februar 1957 wurde die amerikanische Ostpolitik mit den Worten erläutert: »Verwirrung der Ansichten, Verwirrung der Gefühle, Organisierung von Unentschlossenheit und Panik, das sind unsere Waffen«. Ein Sprecher des westdeutschen Generalstabes, Alfons Dalmar, erklärte bezüglich der DDR, hierfür bedürfe es »entsprechender politischer, ökonomischer, propagandistischer und nicht zuletzt organisatorischer und subversiver Vorbereitungen des Westens«. (Münchener Merkur, 24./25. Juni 1961) Laut Robert Grimm, einem Bonner Kommentator, ist es dabei Aufgabe der Westmächte, »alle Mittel des Krieges, des Nervenkrieges und des Schießkrieges, anzuwenden. Dazu gehören nicht nur herkömmliche Streitkräfte und Rüstungen, sondern auch Unterwühlung, das Anheizen des inneren Widerstandes, die Arbeit im Untergrund, die Zersetzung der Ordnung, die Störung von Verkehr und Wirtschaft, der Ungehorsam, der Aufruhr«. (Bonner Rundschau, 9. Juli 1961)

Bei Betrachtung der in religiösen Formen vorgetragenen Ostpolitik der WTG tritt zutage, dass diese in bestimmten Passagen genau den hier skizzierten Forderungen amerikanischer Experten für Ostpolitik entspricht. Verhinderung bzw. Verwirrung politisch richtiger Ansichten über den Staat, Beeinflussung des Verhaltens der Menschen in den sozialistischen Ländern in der Weise, dass sie gegen die Ordnung verstoßen, und somit innerer Widerstand und Arbeit im Untergrund, alles das entspricht genau jenen Forderungen für psychologische Kriegführung gegen den »Ostblock«. Natürlich ist es nicht Aufgabe der WTG, militärisch oder direkt umstürzlerische Aktionen durchzuführen. Sie erfüllt mit ihrer Verkündigung die Forderung nach

antikommunistischer Hetze und Propaganda, nach Organisation politischer Unentschlossenheit, nach Arbeit im Untergrund und passivem Widerstand, wobei der Schwerpunkt auf der Vernichtung des Vertrauens zur sozialistischen Ordnung liegt, auf der psychologischen »Besiegung des Kommunismus« und dem »Kampf gegen totalitäre Elemente«, wie das in der Ausdrucksweise der WTG heißt. (Der Wachturm, 15. September 191, WTG Wiesbaden, S. 563)

Selbstverständlich ist die WTG bemüht, diese politische Einflussnahme nicht zu sehr in den Vordergrund treten zu lassen. Das wäre nicht zweckmäßig, sondern würde auch den leichtgläubigsten Zeugen Jehovas stutzig werden lassen, ganz zu schweigen von anderen Menschen. Darum steht immer die Propagierung der endzeitlichen und sonstigen religiösen Lehren im Vordergrund. Das neue Dogma von 1950, auch der Kommunismus sei eine Religion, gewährleistet jedoch, dass der Kampf gegen die sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaftsordnung grundsätzlich in alle religiösen Betrachtungen einbezogen bleibt. Nach dem Prinzip »steter Tropfen höhlt den Stein« hat die WTG auf diese Weise dazu beigetragen, vornehmlich unter religiösen Menschen eine Haltung gegenüber Sozialismus und Kommunismus zu erzeugen, die den Zielen der USA-Politik dienlich ist. Die Praxis dieser psychologischen Untergrundtätigkeit der WTG verläuft faktisch nach allen zweckdienlichen Regeln der Geheimdienste der westlichen Welt, nur dass sie von einer Religionsgemeinschaft angewendet werden. Dazu gehören Arbeit mit Deckadressen, Tarnbezeichnungen, geheime Kuriere, Code- und Chiffre-Verfahren, Urkundenfälschung und alle Arten von Irreführung der Polizei und der Behörden.

Um die Anhängerschaft dazu zu bringen, diese Methoden mitzumachen, hat die WTG das Dogma der »theokratischen Kriegslist« aufgestellt. Danach seien die Zeugen Jehovas genauso befugt, Spionage, Betrug, Lüge und Täuschung anzuwenden, wie dies die israelitischen Könige, Fürsten und Heerführer laut Bibel einst auch getan haben. (Der Wachturm, 15. April 1956, Wiesbaden, S. 240f. Hier weist die WTG u. a. besonders auf den Fall zweier israelitischer Spione hin, die von einer Hure namens Rahab in "vorbildlicher" Weise verborgen wurden). Natürlich ist auch diese Bibelauslegung ein Betrug, hier zu dem Zweck, religiösen Gewissenszwang ausüben zu können. Denn die Kriegslist, von der im Alten Testament der Bibel die Rede ist, hat durch das Neue Testament der Bibel wie vieles andere eine Aufhebung oder Beendigung gefunden, so dass es für Christen nicht anwendbar oder verbindlich ist. Demgemäß gebietet das Neue Testament, dass Christen »nicht mit List wandeln« dürfen. (2. Korinther 4:2 (NW) Doch die WTG-Hörigkeit steht bei den Zeugen Jehovas über dem echten Bibलगlauben.

Die nun folgenden Einzelheiten über die politische und illegale Tätigkeit der WTG, insbesondere über deren Ostbüro in Westberlin sind mehr oder weniger symptomatisch für die WTG-Tätigkeit in allen Ländern, die nicht im politischen und wirtschaftlichen Schlepptau der USA liegen bzw. in denen es darauf ankommt, im Interesse des Kapitalismus revolutionäre Entwicklungen unter Einbeziehung von Kirchen und Religionsgemeinschaften zu verhindern oder ihnen entgegenzuwirken.

Die Errichtung des WTG-Ostbüros in Westberlin steht im Zusammenhang mit der besonderen Rolle Berlins. Nach dem Zusammenbruch des Hitlerfaschismus erhielt Berlin entsprechend den Abkommen der Siegermächte eine gemeinsame alliierte Verwaltung. Die Stadt wurde in vier Sektoren aufgeteilt. Den Bürgern war es gestattet, sich ungeachtet der Sektorengrenzen in der ganzen Stadt frei zu bewegen. Das blieb auch so nach der Entstehung der beiden deutschen Staaten, so dass Westberlin seither ein offenes Tor in die DDR darstellte. Eine Änderung trat erst ein, seitdem Westberlin immer mehr zu einem »Brückenkopf« und zu einer »Frontstadt« der imperialistischen psychologischen Kriegführung gegen die sozialistischen Länder ausgebaut wurde, was schließlich zur Spaltung der Stadt führte. Zunächst war es jedoch noch ohne

besondere Schwierigkeiten möglich, von Westberlin aus Leute »jenseits des Eisernen Vorhanges« zu schicken, d. h. in die sozialistischen Länder, um bestimmte Aufträge auszuführen. Umgekehrt bestand über Berlin die Möglichkeit leicht Informationen aller Art aus der DDR und den benachbarten Ländern zu erhalten. Diese Situation forderte geradezu die Konzentrierung imperialistischer Spionage- und Geheimdienste und sonstiger Institutionen in Westberlin heraus, die auf irgendeine Weise illegal in der DDR und in anderen sozialistischen Ländern arbeiten wollten. Dazu gehörte auch die WTG. 1959 voll in dieser Sache engagiert, schätzte sie die politische Bedeutung Westberlins im allgemeinen und für die WTG-Tätigkeit im Besonderen in »Erwachet« vom 22. Juli 1959 wie folgt ein:

Zitat:

"Berlin - ein Bärenfell

ERWACHET!

Heute gibt es wohl kaum eine Stadt in der Welt, die in den Nachrichten des Rundfunks oder der Zeitungen so oft genannt wird wie Berlin, und für viele unserer Zeitgenossen, ganz gleich, auf welchem Kontinent sie leben, ist Berlin nicht nur irgendein Punkt auf der Landkarte, sondern der vorgeschobene Posten der westlichen Welt schlechthin. Zuzufolge ihrer Lage hat sie engste "Tuchfühlung" mit der östlichen Welt.

22. Juli 1959 Nr. 14"

Es lag in der Konsequenz der politischen Bedeutung Westberlins, dass sich auch die WTG zur illegalen Fortführung ihres Werkes besonders in der DDR als ein »Zeitgenosse« im Getümmel dieses »vorgeschobenen Postens der westlichen Welt« mit einem »Ostbüro« ansiedelte, um »engste Tuchfühlung mit der östlichen Welt« zu halten.

Dieses Ostbüro war auf folgende Weise entstanden. Neben der Wiedereröffnung des früheren gesamtdeutschen Zweigbüros in Magdeburg und der Errichtung eines Zweigbüros in Wiesbaden wurde nach 1945 ein Büro der WTG mit Anlaufstellen geschaffen. Zunächst war es nur für die Anleitung und Kontrolle der Zeugen Jehovas in Berlin verantwortlich, die in enger Zusammenarbeit mit dem Magdeburger Zweigbüro erfolgte. Leiter war Ernst Wauer, der unter der Oberaufsicht von Erich Frost Wiesbaden, auch für das Magdeburger Büro verantwortlich war.

Zunehmende Bedeutung erhielt das Büro in Westberlin, als die Tätigkeit der WTG besonders seit 1947 erneut gegen die sozialistische Entwicklung ausgerichtet wurde. Seit 1949 wurden alle bedeutenden Aktionen dieser Art, so die Waldbühnen-Hetzveranstaltung von 1949 und die Petitionsaktion von 1950, von dem Büro in Westberlin vorbereitet und gelenkt.

Mit dem Verbot der WTG in der DDR gewann das Westberliner Büro erhöhte Bedeutung, da es auf Grund der günstigen Lage in der »Frontstadt«, im »Vorposten der westlichen Welt«, am besten geeignet war, die nun illegale Tätigkeit der Zeugen Jehovas in der DDR zu leiten. Es wurde 1956 in ein selbständiges Zweigbüro umgewandelt, das zwar mit dem Zweigbüro in Wiesbaden noch zusammenarbeitete, sonst aber direkt dem Hauptbüro in Brooklyn unterstellt war. Politisch hatte es indessen den Charakter eines Ostbüros angenommen. Wichtige Mitarbeiter des Leiters Ernst Wauer waren u. a. Oskar Thiele, Kurt Hille, Horst Ritt, Heinz Szewczyk und Günther Uhlig.

Zunächst galt es, die Organisation der Zeugen Jehovas in der DDR in die Illegalität zu retten und die Anleitung für Verhalten und Tätigkeit zu sichern. Kreis und Bezirksdiener wurden von Ernst Wauer mit gefälschten DDR-Personalausweisen versehen und in Westberlin stationiert, was ohne Abdeckung durch zuständige Dienststellen schwerlich möglich war. Derart gefälschte

Ausweise erhielten u. a. der Bezirksdiener Ernst Pietzko aus Weimar und der Kreisdiener Holdi Quandt aus Grünhainichen. Ein ausgedehntes Netz von Geheimkurieren wurde geschaffen, die regelmäßig aus der DDR im Ostbüro anliefen, um Informationen sowie Anweisungen und WTG-Literatur in die DDR zu schleusen

Das Ostbüro stellte diese Literatur in getarnten Sonderdrucken zur Verfügung, damit sie auf den ersten Blick nicht erkennbar wäre. Im Ostbüro wurden spezielle Räumlichkeiten hergerichtet, in denen die Geheimkurier in strenger Isolierung voneinander die zur Schleusung bestimmten Materialien so verbergen konnten, dass sie hoffen durften, mit Erfolg zu erwartende Kontrollen passieren zu können. Entsprechende Anleitung und Hinweise erhielten sie im Ostbüro, indem sie dort mit dem Erfahrungsschatz bewährter Verbindungsleute vertraut gemacht wurden. Keine Methode blieb unversucht. Die Untersuchungen der DDR-Behörden haben das dann auch bestätigt. Oftmals wurden Körperbehinderte benutzt, weil sie unverdächtiger sind und durch ihr Gebrechen die Kontrollorgane leichter hinters Licht führen können, da sie Kontrollen bei ihnen durch das Mitleid, das sie bei Passanten oder Mitreisenden erwecken, erschweren. Zur Hauptaufgabe der Geheimkurier gehörte ferner ein umfangreicher Geldschmuggel aus der DDR nach Westberlin unter Ausnutzung des inoffiziellen Ost-West-Kurses, was insgesamt eine wirtschaftliche Schädigung der DDR um Millionen Mark zur Folge hatte. Schwerpunkt war außerdem die Organisierung von Republikflucht aus der DDR in Zusammenarbeit mit der Politischen Polizei Westdeutschland. Desgleichen bestanden auch Verbindungen in Westberlin und zwischen dem Ostbüro der WTG und in Westberlin stationierten Geheimdiensten. So unterhielt Willy Pohl, Mitarbeiter und späterer Leiter des Ostbüros, im Rahmen seiner Verkündigunstätigkeit Kontakte mit der Dienststelle des englischen Geheimdienstes im Olympia-Stadion in Westberlin. Enge Zusammenarbeit erfolgte auch zwischen dem Ostbüro der WTG und der amerikanischen Militärpolizei. Wiederholt sprachen leitende Mitarbeiter des Ostbüros die Drohung aus, sie würden Personen, die »im Auftrag des Ostens« kämen, unverzüglich der amerikanischen Militärpolizei übergeben.

Das Ostbüro der WTG war auch eine Zentrale zur Schaffung und Aufrechterhaltung geheimer Verbindungen nach Polen und in die Sowjetunion. Umgekehrt übermittelte der Leiter der WTG-Untergrundorganisation in Polen, Wilhelm Scheidter bzw. sein Vertreter, bei dem die Verbindungen aus der Sowjetunion zusammenliefen, Nachrichten und Materialien über Geheimkurier an das Westberliner Ostbüro - eine Verbindung, die ab Westdeutschland bekanntlich über den amerikanischen Militärnachrichtendienst lief.

1955 erfolgte ein Wechsel in der Leitung des Ostbüros. WTG-Präsident N. H. Knorr sah sich gezwungen, sowohl den Zweigdiener in Wiesbaden, Erich Frost, als auch den Leiter des Ostbüros, Ernst Wauer, ihrer Posten zu entheben. Die von Wauer durchgeführte Praxis gefälschter DDR-Personalausweise für die Hauptverbindungsleute in die DDR und die Unterschlagung von 10 000 Mark aus der DDR geschmuggelter Gelder durch den Ostbüro-Kassenleiter Kurt Hille waren öffentlich ruchbar geworden. Natürlich passierte allen dreien nichts Ernsthaftes. Hille wurde zwar abgesetzt, aber es wurde nicht bekannt, ob man ihn zur Aburteilung der Justiz übergab. Solche Vorkommnisse werden, wenn es geht, vertuscht. Wauer wurde lediglich in den Kreisdienst der WTG nach Stuttgart versetzt. Frost musste zwar seinen Zweigdienerposten an den bisherigen Leiter des Wiesbadener Büros, an den Gestapohandlinger Konrad Franke abtreten, konnte aber seine zweite Funktion als Redakteur der gesamten WTG-Literatur in deutscher Sprache behalten. Die ganze Geschichte war nichts weiter als eine Fassadenreinigung.

Zum Nachfolger von Ernst Wauer wurde als neuer Leiter des Ostbüros in Westberlin Will Charles Pohl, ein Deutsch-Amerikaner, eingesetzt. Seine Eltern leben heute noch in

Westdeutschland als Bürger der Bundesrepublik. Ihr Sohn Willi heute Will Charles - nahm die amerikanische Staatsbürgerschaft an. In seiner Eigenschaft als Leiter des Ostbüros in Westberlin und heute in Wiesbaden übt Will Charles Pohl, allgemein als Willi Pohl bekannt, die Funktion des Zonendienstlers für die osteuropäischen sozialistischen Staaten aus.

Durch die amerikanische Staatsbürgerschaft des Pohl sicherte sich das Hauptbüro in Brooklyn/USA den unmittelbaren Einfluss zur Durchsetzung ihrer Politik in seinem Einflussbereich. Als persönlicher Sonderbeauftragter des WTG-Präsidenten Knorr fungierte L. L. Turner in Westberlin.

Die nach geheimdienstlichen Regeln aufgezogene Untergrundtätigkeit des Ostbüros ging nach wie vor weiter, ebenfalls der Geldschmuggel aus der DDR. Knorr ordnete lediglich an, die Fälschung von DDR-Personalausweisen einzustellen. Solange das geheim geblieben war, konnte man sich diesen Schritt erlauben, war es doch im Prinzip gleich, ob man in »theokratischer Kriegslist« in Wort oder Schrift falsch aussagte. Öffentlich bekannt geworden, wären das freilich die ersten Fakten gewesen um das Ostbüro als kriminell und korrupt zu kompromittieren. Das aber konnte man sich als religiöse Organisation nicht leisten. Hatte man doch just das Beispiel der politisch verwandten antikommunistischen Agenten- und Terrororganisation »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« (KgU) vor Augen. Deren kriminelles Treiben hatte in der Öffentlichkeit derart unliebsames Aufsehen erregt, dass die amerikanische Militärregierung trotz ihrer geheimen Zusammenarbeit mit der KgU diese offiziell auflösen musste.

Das WTG-Ostbüro in Westberlin setzte seine Tätigkeit bis zum 13. August 1961 fort. Durch die Sicherung der bis zu diesem Tage offenen Grenze der DDR zu Westberlin verlor es seinen Wert für die illegale Tätigkeit in der DDR und Osteuropa. Seither erfolgt die unmittelbare Anleitung und Organisierung der WTG-Untergrundtätigkeit in diesen Ländern durch die Ostbüro-Mitarbeiter, insbesondere durch Pohl, vom westdeutschen Zweigbüro in Wiesbaden aus.

Der organisierte Geldschmuggel

Der Aufbau und die Unterhaltung einer illegalen Organisation verlangen nicht unbedeutende Geldsummen. Diese Mittel wurden zum Teil von der WTG aufgebracht, sowie auch von ihren »Gönnern«, die sie namentlich nicht nennt: Eine andere Quelle waren die Gelder, die in Form von Spenden oder aus dem Umsatz der Literatur in der DDR der illegalen Organisation zufließen. Doch blieb dieses Geld nicht in den Händen der illegal arbeitenden Mitarbeiter der WTG in der DDR. Es wurde vielmehr entweder an das Ostbüro in Westberlin oder an das Zweigbüro in Wiesbaden abgeführt, um von dort aus nach den jeweiligen Erfordernissen der illegalen Tätigkeit verwendet zu werden. Insgesamt wurden bis 1961 mehrere Millionen Mark aus der DDR geschmuggelt. Dieses Geld wurde dann zum inoffiziellen Wechselkurs im Rahmen des Wirtschaftskrieges gegen die DDR »drüben« umgetauscht um in die WTG-Kasse zu wandern.

Dass ein derartiger Geldtransport ungesetzlich ist, liegt auf der Hand. Jeder Staat wehrt sich gegen Maßnahmen, die einer Ausplünderung seiner Wirtschaft gleichkommen, und erlässt Gesetze, die ein solches Tun unter Strafe stellen.

Um den Geldschmuggel möglichst risikolos durchführen zu können, wurden bis 1961 die leitenden WTG-Funktionäre aus der DDR vor allem zu Feiertagen nach Westberlin beordert, wo sie spezielle Anweisungen erhielten, wie sie zu verfahren hatten. Schwerpunktmäßig betraf das die Chiffrierung der Berichte und Informationen, die persönliche Tarnung und die Methoden eines unauffälligen Geldtransports nach Westberlin bzw. nach Westdeutschland. Vor allem wurden die Betroffenen geschult, wie sie sich bei eventuellen Verhaftungen den Behörden gegenüber zu verhalten hätten. Als oberster Grundsatz gelte es, kein Zugeständnis zu machen, da

das sofort beweisen würde, dass die Verhafteten Agenten und Spione sind - denn der Geldschmuggel sei nach den in allen Ländern geltenden Bestimmungen in der Tat strafbar. Deshalb habe das vorgefundene Geld in jedem Falle als persönliches Eigentum des Festgenommenen zu gelten. Die Organisation sei in jedem Falle abzuschirmen.

Dass bei der Übertragung der Verantwortung für den Geldtransport auf den einzelnen Kurier bzw. Funktionär immer öfter die Frage auftauchte, ob denn die WTG in dieser Sache richtig handele, war nur folgerichtig. Bedenken wurden erhoben, man müsse die Finanzgesetze der DDR unabhängig von allen anderen Fragen respektieren. Der massenhafte Geldschmuggel nach dem Westen, sei ein kriminelles Vergehen. Ließe sich denn eine solche Handlungsweise mit dem Gewissen eines Zeugen Jehovas vereinbaren?

Das Ostbüro gab daraufhin konkrete schriftliche Weisungen heraus um die Bedenken zu ersticken. Die Kuriere hatten diese Weisungen im Ostbüro aus sogenannten Bezirksmappen oder Informationsmappen zur Kenntnis zu nehmen und weiterzuleiten. So hieß es in der Information Nr. 135 zur Frage des Geldschmuggels, nicht der Geldtransport nach Westberlin sei illegal, sondern das Verbot der WTG in der DDR. Die Information Nr. 148 bedeutete in ähnlicher Weise, man solle sich als Untergrundorganisation in der »Ostzone« keine Gedanken zu der Geldfrage machen. Die Regierung sei selber schuldig. Hätte sie das Bibelhaus (WTG-Zweigbüro) in Magdeburg nicht geschlossen und beschlagnahmt, brauchten keine Gelder nach dem Westen geschafft zu werden. Eindringliche Entgegnungen wies der amerikanische Sonderbeauftragte L. Turner persönlich mit dem Bemerkten zurück, man sollte sich nicht bei der WTG beschweren, sondern bei der »Ostzonenregierung«. Es wurde jedoch strengste Weisung gegeben, diese Angelegenheit niemals bei den öffentlichen WTG-Kreis- und Bezirksversammlungen in Westberlin, an denen die Untergrundfunktionäre aus der DDR meist teilnahmen, zur Sprache zu bringen. Man war sich des kriminellen Charakters und der juristischen Haltlosigkeit des Geldschmuggels, der ein nackter Racheakt war, also sehr wohl bewusst! Denn als religiöse christliche Gemeinschaft müsste sich die WTG gemäß den einschlägigen biblischen Grundsätzen, dem »Cäsar zu geben, was des Cäsars ist«, bedingungslos und unabhängig von allen anderen Fragen der Finanzgesetzgebung eines jeden Staates unterordnen bzw. anpassen.

Die vom WTG-Ostbüro gegebenen Anweisungen und Informationen besagten jedoch unzweideutig, dass die WTG den ganzen Geldschmuggel nach dem Westen einmal als Rache- und Vergeltungsakt für das Verbot in der DDR durchführte, zum anderen aber auch, weil die mit dem Geldschmuggel verbundene Schädigung der Wirtschaft unmittelbar zum Programm des kalten und psychologischen Krieges der USA gegen die sozialistischen Länder gehörte, und schließlich konnten mit diesen Geldern weitere illegale Aktionen in der DDR finanziert werden. Die zu jener Zeit geltende WTG-Irrlehre, Regierung und Staat seien überhaupt keine von Christen anzuerkennende Obrigkeit von Gott, fanatisierte die Anhänger zusätzlich und gab dem Schmuggel eine Art religiöse Sanktion.

Die biblischen Bedenken, man müsse die Finanzgesetze der DDR unabhängig von allen anderen Fragen respektieren, waren also vollauf berechtigt. Die Mehrheit der Zeugen Jehovas befolgte jedoch gedankenlos und leichtsinnig und in gewissen Sinne sogar verantwortungslos die rechtswidrigen Anweisungen des Ostbüros auch in dieser Angelegenheit. Vor der Öffentlichkeit war die WTG allerdings ständig darauf bedacht, den Eindruck christlicher Ehrbarkeit und Gesetzestreue - und das besonders in Geldsachen - zu erwecken. So heißt es z. B. auf der zweiten Seite einer jeden Ausgabe der »Wachturm«-Zeitschrift: »Geldüberweisungen werden in Wiesbaden aus Ländern angenommen, in denen kein Zweigbüro besteht, jedoch nur durch internationale Geldanweisung.« Der Geldschmuggel aus der DDR straft diese öffentliche

Erklärung Lügen.

Es ist offensichtlich, dass von der WTG-Führung angesichts ihrer bisherigen Haltung auch hierbei nichts anderes zu erwarten ist als Heuchelei. Doch wie ist es zu erklären, dass auch die Mehrheit ihrer Anhänger das recht- und gesetzlose finanzielle Treiben gegen die DDR mitmache? Als eine erste Ursache ist ohne Zweifel die völlige Entrechtung der WTG-Anhänger zu nennen, verbunden mit dem Prinzip des unbedingten Gehorsams, des bedenkenlosen Glaubens, dass alles, was die WTG anordne, »theokratisch«, also der Wille Gottes sei. Auf dieser Grundlage wurde sodann in den Köpfen vor allem der Untergrundfunktionäre ein religiös-politischer Fanatismus gezüchtet, der ohne Beispiel ist. Aus der antikommunistischen Hetze und der Behauptung, Regierungen seien keine Obrigkeiten von Gott, sie seien vor Gott illegal, sowie ähnlichen Lehren erwuchs insgesamt eine Missachtung, Verachtung und Verhöhnung von Staat, Regierung und Gesetzgebung der DDR, in der die Verletzung der Finanzgesetze völlig unbedeutend erscheinen musste, ein Fanatismus, der für die Vernunft vollkommen unzugänglich wurde. War doch der ganze Staat für die WTG verwerflich und dem Untergang geweiht!

Seitdem durch die Sicherung der Staatsgrenze der DDR zu Westberlin der Geldschmuggel in der bisherigen Form unmöglich wurde, die WTG aber nach wie vor Geldmittel für die illegale Organisation in der DDR benötigt, begann man u. a. die verwandtschaftlichen Beziehungen der Zeugen Jehovas in Ost und West auszunutzen. So zahlt z. B. irgendein WTG-Anhänger beim Zweigbüro in Wiesbaden eine beliebige Summe ein, um einen Bekannten, der in der DDR Zeuge Jehovas ist, finanziell zu unterstützen. Das eingezahlte Geld verbucht die WTG in Wiesbaden jedoch für sich. Sodann ergeht eine Geheimmitteilung an die Untergrundorganisation in der DDR, die aus den in der DDR illegal gesammelten Geldern diesem genannten Bekannten oder Verwandten eine Summe entsprechend dem in Wiesbaden eingezahlten Geld auszuzahlen hat - natürlich entsprechend dem jeweiligen Ost-West-Kurs, anfangs 1:5, dann 1:3. Der Trug bei diesem Verfahren besteht darin, dass die WTG in Westdeutschland an ihre Anhänger appelliert, »armen Verwandten in der Ostzone« doch zu helfen, das Geld aber selbst einstreicht und dafür die Untergrundorganisation in der DDR zahlen lässt. Entartete die Untergrundbewegung zuerst in kriminellen Geldschmuggel, so wurde sie nun auch zu einem Institut zur persönlichen Bereicherung für diejenigen, die in Westdeutschland wohlhabende Verwandte haben. Die Hauptsache war, die WTG kam dabei zu Geld. Die ganze Sache florierte, schließlich so gut, dass Untergrundfunktionäre begannen, diese Geldquelle auch für Personen zu erschließen, die keine WTG-Anhänger sind.

Andere Methoden bestanden darin, Geld über Deckadressen und Mittelspersonen in Westberlin möglichst in großen Scheinen direkt nach Wiesbaden zu übermitteln. Hier folgt eine Bestätigung eines solchen Schmuggels in Höhe von 100 Mark von einem WTG-Untergrundfunktionär in der Hauptstadt der DDR, Berlin, vom 3. April 1963, zugleich ein direkter Beweis für die Verlogenheit der ständigen Geldüberweisungserklärungen im »Wachturm« (zweite Seite jeder Ausgabe). Durch einen Schwall christlich aufgemachten Lobes und Dankes versucht die WTG, jede Bedenklichkeit gegenüber ihren Methoden auszuschalten.

Zitat:

"WACHTTURM

BIBEL- UND TRAKTAT-GESELLSCHAFT

Deutscher Zweig e. V.

62 Wiesbaden-Dotzheim, Am Kohlheck, Postfach 13025

Fernsprecher

40891/ 40892

41937

Telegramme

Wachturm

3. April 1963

Herrn ...

1 Berlin 18

Friedenstr. ...

DM 100.00

Lieber Bruder

"Ein jeder, wie er sich in seinem Herzen versetzt: nicht mit Verdruss oder aus Zwang, denn einen fröhlichen Geber liebt Gott." (2. Kor. 9:7)

Da wir uns bewusst sind, dass diese Gabe in oben angegebener Höhe nicht widerwillig oder unter Zwang gegeben ist, freuen wir uns, sie zu bestätigen und mit aufrichtiger Wertschätzung anzunehmen.

Für Christen ist es ein wunderbares Vorrecht zu geben. Ja, wir haben etwas zu geben! Wie kostbar ist der Name Jehovas! Wie wertvoll die Erkenntnis seiner Vorsätze! Wie wunderbar, dies mit anderen zu teilen! Jehovas Liebe und seine Segnungen für solche fröhlichen Geber sind heute offenbar. Wegen dieses guten Herzenszustandes haben viele von seinen Vorsätzen erfahren und sind auch in der Lage, dies zu schätzen und zu sagen: "Gott sei Dank für seine unaussprechliche Gabe!"-

Sei sicher, dass Deine materielle Gabe verwendet werden wird um vielen weiteren zu helfen, die guten Dinge Gottes kennenzulernen, wie auch in der Ausdehnung und in der Tätigkeit der Neuen-Welt-Gesellschaft. Wir möchten noch einmal unserer Wertschätzung Ausdruck verleihen und freuen uns mit Dir, da wir wissen, dass Gott mächtig ist, "jede Gnade gegen euch überströmen zu lassen, auf dass ihr in allem, allezeit alle Genüge habend, überströmend seid zu jedem guten Werke." - 2. Kor. 9:8.

Im fröhlichen Geben zur Ehre Gottes mit Dir verbunden,

Wachturm B. & T. Gesellschaft

Deutscher Zweig e. V."

Es ist der WTG indessen noch nie schwergefallen, die Bibel auf jene Art und Weise zu zitieren, wie sie es braucht um die Anhänger willfährig zu halten. Ihre in der vorliegenden Dokumentation dargestellte religiöse und politische Geschichte beweist das hinreichend.

Die Untergrundbewegung in der DDR

Für die illegale Organisation der WTG in der DDR war bis 1961 das Ostbüro in Westberlin zuständig. Bis zu dessen Auflösung wurde es vom Zweigbüro in Wiesbaden gesteuert. Zunächst war das Ostbüro für die Ausbildung und den Einsatz von Mitarbeitern in der Untergrundorganisation in der DDR verantwortlich, deren Struktur laufend der gegebenen Situation angepasst wurde. Das heißt, erkannte illegale Methoden wurden ständig verändert, um sich dem Zugriff der Behörden der DDR solange wie möglich zu entziehen. 1956 wurde eine Neuorganisation des illegalen Apparates vorgenommen. Danach wurden die bisherigen Bezeichnungen der Dienstämter der Zeugen Jehovas, wie Gruppendiener und Hilfsgruppendiener, aufgehoben und durch Tarnbezeichnungen ersetzt. Gleichzeitig erfolgte eine Zusammenfassung in Ortsgebieten, denen Ortsgebietsdiener vorgesetzt wurden. Die Versammlungen erhielten neue Schlüsselnummern, unter denen sie Berichte und Informationen zu liefern hatten. Auch die monatliche Berichterstattung wurde nach einem neuen Verschlüsselungssystem vorgenommen. Die Berichterstattung an das Ostbüro erfolgte jedoch nicht direkt, sondern über Deckadressen. Dazu gehörten u. a. Charlotte Fischer, (West-)Berlin-Charlottenburg, Christstr. 27,

Max Trepte, (West-)Berlin-Charlottenburg, Suarezstr. 38,
Postschließfach 62, (West-)Berlin-Charlottenburg.

Ab 1961 war folgende Struktur zur Aufrechterhaltung der illegalen Tätigkeit gebräuchlich: An der Spitze stand ein Leitungsgremium, bestehend aus drei Personen, die unter einer Tarnbezeichnung mit der Zentrale in Verbindung traten. Diesem Gremium unterstanden Bezirksdiener mit ihren Stellvertretern, wobei erstere die Tarnbezeichnung »Umgegenddiener« trugen. Das Territorium der DDR war in mehrere Bezirke aufgeteilt. Die Bezirke waren in Kreise oder »Gegenden« gegliedert, denen wiederum die entsprechenden Diener vorstanden. Zum besseren Verständnis werden in den weiteren Darlegungen nicht die Tarnbezeichnungen, sondern die geläufigen, wie Bezirks- und Kreisdiener, benutzt. Ein Kreis war in mehrere »Gebiete« mit den entsprechenden Dienern und Stellvertretern aufgeteilt. Ein Gebiet umfasste die geografisch oder verkehrsmäßig günstig verbundenen illegalen Versammlungen. Die Versammlungsdieners nannte man »Einer«, die Stellvertreter »Andere«. Jede Versammlung setzte sich aus Studiengruppen zusammen, die wöchentlich einmal in Privatwohnungen Treffen abhielten, wo sie Anleitung erhielten und die nächsten Aufgaben besprachen und festlegten. Durch die straff von oben nach unten organisierte Anleitung wurde im wesentlichen ein einheitliches Verhalten und Vorgehen der illegalen Organisation insgesamt gewährleistet.

Als die Anleitung durch das Ostbüro infolge der Sicherung der DDR-Staatsgrenze nicht mehr möglich war, trat das WTG-Zweigbüro in Wiesbaden selbst in Aktion. Dieser Wechsel in der Anleitung im Jahre 1961 hat seine besondere Bewandnis, da er im Zusammenhang mit den politischen Ereignissen jenes Jahres steht.

Bekanntlich waren die Grenzsicherungsmaßnahmen der DDR in Berlin am 13. August 1961 eine Durchkreuzung imperialistischer Vorbereitungen auf einen größeren Konfliktfall in Deutschland, in deren Endergebnis man die DDR wieder einmal zu beseitigen gedachte. Wie später das westdeutsche Nachrichten-Magazin »Der Spiegel«, Hamburg, berichtete, fand bereits im Februar 1961 in Washington ein Gespräch zwischen dem westdeutschen Propagandachef und Zeitungskönig Axel Springer und Vertretern des CIA (amerikanischer Geheimdienst) statt. Sie konstatierten, dass die in jener Zeit von der westdeutschen Propaganda immer mehr angeheizte Republikflucht aus der DDR eine Bewegung großen Ausmaßes und damit einen Aufstand in der DDR auslösen müsste, wobei die Westdeutschen dann nicht tatenlos zusehen würden. Es müsste damit gerechnet werden, dass »die Bundeswehr über die Zonengrenze vorstößt«. Die DDR müsste wahrscheinlich die Grenzen schließen um das zu verhindern. Dann stände das Problem der gewaltsamen Aufbrechung der Grenze in Berlin. (Der Spiegel, Hamburg, Ausgabe vom 15. August 1966)

Angesichts der Zusammenarbeit der Zusammenarbeit der WTG mit dem USA-State Department und dem amerikanischen Militärnachrichtendienst nimmt es nicht wunder, dass ebenfalls sich die WTG schon im Frühjahr 1961 auf einen derartigen Konflikt in Deutschland vorbereitete. Ein solcher Fall würde bedeuten, dass das Ostbüro in Westberlin nicht mehr in der Lage sein würde, die Untergrundorganisation in DDR zu steuern, wie es bisher durch die offene Grenze nach Westberlin möglich war. Die illegale Arbeit in der DDR müsste also auf eigene Füße gestellt werden, etwa in Gestalt eines eigenen Zweiges, natürlich unter Berücksichtigung der besonderen Bedingungen. Ostern 1961 wurden demgemäß im WTG-Ostbüro in Westberlin Untergrundfunktionäre aus der DDR zusammengeholt, die für eine selbständige Leitungshierarchie in der DDR geeignet und vorgesehen waren, und mit ihren neuen Funktionen, Arbeits- und Tarnmethoden für jenen »Ernstfall« vertraut gemacht. Zur Aufrechterhaltung der Verbindung nach Wiesbaden wurde eine geheime Sonderkurierverbindung vorbereitet. Der neue Apparat sollte jedoch erst in Aktion treten und die Untergrundorganisation übernehmen, wenn

der »Ernstfall« eingetreten wäre. Bis dahin behielt das Ostbüro die Leitung weiter in der Hand.

Die letzten Maßnahmen wurden in einer Sonderzusammenkunft anlässlich des internationalen WTG-Kongresses im Juli 1961 in Hamburg getroffen. Hier waren u. a. auch Präsident Knorr, sein amerikanischer Sekretär, M. G. Henschel, und die Wiesbadener WTG-Führung mit den Gestapohandlangern Frost und Franke anwesend, um den aus der DDR illegal erschienenen künftigen Untergrundfunktionären die letzten Weisungen zu geben. Zu einem Erfahrungsaustausch hatte man sogar einige Untergrundfunktionäre aus Jugoslawien, Polen und Ungarn herbeigeholt. Ein Hauptpunkt der Weisungen war die künftige Anwendung der schon erwähnten »theokratischen Kriegslist« zur Tarnung der Untergrundtätigkeit durch Lüge und Täuschung gegenüber den Behörden. Besonders Willi Pohl, der Leiter des Westberliner Ostbüros, verfocht mit aller Härte die Weisungen von WTG-Präsident Knorr, jede Täuschung und Lüge sei »theokratisch«, d. h. von Gott gebilligt, wenn sie der WTG diene. Die Kritiker, die darauf hinwiesen, dass die WTG als Religionsgemeinschaft doch verpflichtet wäre, ihre Tätigkeit und Verkündigung so zu gestalten, dass sie den Grundsätzen des Evangeliums, »nicht mit List zu wandeln« (2. Kor. 4:2 NW), entspricht, wurden mundtot gemacht. Die organisatorischen Vorbereitungen auf einen Konfliktfall wurden durch eine besondere politische Propagandakampagne unterstützt. So wurde seit April 1961 unter den WTG-Anhängern und in der Öffentlichkeit eine »Erwachtet«-Ausgabe mit der Schlagzeile »Kommunistische Gehirnwäsche - Schreckgespenst oder Tatsache?« verbreitet. Der Zweck war, durch Entstellungen, Greuelgeschichten und Verleumdungen, die man im Zusammenhang mit dem Koreakrieg fabrizierte, Furcht, Panik und Hass gegenüber Sozialismus und Kommunismus zu erzeugen und zu vertiefen, so dass jeder Zeuge Jehovas oder sonstige Leser dieser Propaganda von unüberwindlichem antikommunistischem Abscheu erfüllt wird. Es war ein öffentlicher Beitrag dazu, in jenem spannungsreichen Jahr 1961 unter Christen aller Art und den eigenen Anhängern jede politische Vernunft in antikommunistischer Fanatisierung zu ertränken. Man lese dazu den folgenden »Erwachtet«-Auszug vom 22. April 1961:

Zitat:

"Kommunistische Gehirnwäsche - Schreckgespenst oder Tatsache?"

Deutscher Zweig e. V., Wiesbaden

22. April 1961 Nr. 8

unterlagen jenem anscheinenden Bann der Gehirnwäsche. Amerikanische Piloten legten vor kommunistischen Gerichten haarsträubende Geständnisse über eine bakteriologische Kriegsführung gegen Rotchina ab. Untersuchungen über das Verhalten amerikanischer Soldaten, die während des Koreakrieges in kommunistische Gefangenschaft gerieten, ergaben die überraschende Feststellung, dass etwa ein Drittel aller in Gefangenschaft geratenen Männer irgendwie geistig in das Lager der chinesischen Kommunisten hinübergewechselt war, 47 von ihnen mussten sogar nach ihrer Rückkehr wegen krassester Kollaboration vor Gericht gestellt werden, und 21 weigerten sich überhaupt, die kommunistische Welt zu verlassen und nach Amerika, in ihre Heimat zurückzukehren.

Gehirnwäsche ist weder ein schlaues Propagandamätzchen der Kommunisten, das sie hintenherum verbreiten, um das Kaninchen gelähmt auf die Schlange starren zu lassen, noch die Erfindung der überhitzen Phantasie nervenschwacher Opfer der kommunistischen Zwangsjustiz, sondern eine ausgeklügelte Methode zur systematischen Zerstörung der Persönlichkeit eines Menschen, die die gewünschten Erfolge bringen kann."

Wie man sieht, hielt man es für nötig, jetzt nicht nur mit antikommunistischen Einträufelungen in die WTG-Studienmaterialien zu wirken. Jetzt musste wieder massiv und ohne große biblische Bemäntelung vorgegangen werden. Mit »Kraft und Sicherheit« sollte das antikommunistische

Gift eingepflegt werden, damit es gründlich wirkt. Wie das Kaninchen vor der Schlange sollte jeder vom Schrecken vor dem Kommunismus gepackt werden - das typische Vorgehen von Fanatikern in Ermangelung überzeugender Argumente.

Der Hamburger WTG-Kongress vom Juli 1961 sollte auch einer letzten direkten psychologischen Stärkung der Untergrundorganisation in der DDR dienen, wenn der »Ernstfall« käme. Man organisierte in Zusammenarbeit mit der Westberliner Politischen Polizei eine illegale Ausreise von Zeugen Jehovas aus der DDR über Westberlin nach Hamburg, ein Unternehmen, das unter rücksichtsloser Missachtung der Pass- und Ausreiseordnung der DDR durchgeführt wurde. Besondere Weisungen galten dem Verhalten auf der Reise. Den Teilnehmern gaukelte man vor, »Jehova« halte seine »schützende Hand« über allem. Die besonderen Anweisungen des Ostbüros der WTG vom 10. Juli 1961 zu dieser illegalen Ausreise.

Zitat:

"Liebe Brüder!

Nun ist es soweit. Die Kongresszeit ist herbeigekommen, und Ihr seid hier glücklich angekommen, um den letzten Sprung auf dem Wege nach Hamburg zu machen, Jehova hat seine schützende Hand über allen Vorbereitungen gehalten und wir blicken voll Dankbarkeit zu ihm auf. Der diesjährige Kongress steht unter dem Motto "Vereinte Anbeter", und wir dürfen erwarten, dass Jehova seinem gehorsamen Volke auf der ganzen Erde besondere Anweisungen geben wird. Wir sehen dem Fest mit großer Freude entgegen. Mit diesem Schreiben geben wir Euch nun letzte diesbezügliche Hinweise, damit alles einen reibungslosen Verlauf nehmen kann. Behandelt die Mitteilungen als vertraulich und nur für Euch persönlich bestimmt.

HINWEISE FÜR DIE REISE: Alle Maschinen starten in Berlin vom Zentralflughafen Tempelhof. Findet Euch pünktlich eine Stunde vor der Abfahrt Eurer Maschine in der Abfahrthalle ein. Der Zugang ist Haupteinfahrt Tempelhofer Damm in der Nähe des Platzes der Luftbrücke. Begeht Euch als einzelne private Reisende zu den Abfertigungsschalter der betreffenden Luftfahrtgesellschaft, die für den Flug in Eurem Flugschein angegeben ist. (PA = Pan American World Airways, BE = British European Airways, OAL = Overseas Aviation Limited). Wenn Ihr nun auch als private Reisende auftrittet, trifft es nach wie vor zu, dass niemand seinen Flug selbst bezahlt, sondern nur als Delegierte der Versammlung die Reisemöglichkeit erhalten hat. Für die OAL hat die Europa-Flug G.m.b.H. einen Sonderschalter in der Haupthalle in Benutzung, an dem zeitweilig auch ein Mitarbeiter der Gesellschaft tätig sein wird). Legt am Schalter Euren Flugschein vor und gebt Euer Gepäck ab, das bis zu 20 kg. wiegen darf. Sodann begeht Ihr Euch durch die Pass- und Zollkontrolle, wo Ihr noch einmal Euren Flugschein und Euren Personalausweis vorlegen müsst, zur Tür nach der Maschine. Die vorgeschriebene Registrierung als Reisende aus Ostdeutschland haben wir bereits am Tage vor dem Abflug bei der Polizeibehörde erledigt, nachdem Ihr Euch rechtzeitig eingefunden, das Meldeformular ausgefüllt und mit Eurem Personalausweis abgegeben habt. Brüder, die zu spät kommen, müssten die Anmeldung selbst vornehmen. Das Polizeibüro ist gleich die erste Tür rechts, wenn man zum Haupteingang der Abfahrthalle hereinkommt.

VERHALTEN WÄHREND DER REISE: Sowohl während der Hinfahrt und ebenso auch während der Rückfahrt solltet Ihr alle Gespräche und jedes Benehmen vermeiden, das offenbaren würde, dass Ihr Zeugen Jehovas seid.

Helft Euch hierbei gegenseitig und nehmt diese Sache sehr ernst. Einige Verkündiger mögen denken, dies sei nicht nötig, weil sie mit dem Flugzeug fliegen oder weil alle Reisenden Zeugen Jehovas sind, wie es bei einigen Reisegruppen der Fall sein mag. Sie sollten jedoch daran denken, dass es zur Sicherheit der nach ihnen kommenden Brüder und zur eigenen sicheren Rückkehr wichtig ist, dass selbst das Personal auf den Flugplätzen und in den Maschinen nicht

erfährt, dass es sich um Reisen von Zeugen Jehovas in Verbindung mit dem Hamburger Kongress handelt. Benehmt Euch bitte alle wie private Urlauber, bis Ihr auf dem Kongressgelände seid. Dort und auch in Euren Unterkünften vermeidet, Eure genaue Herkunft ins Gespräch zu bringen; Ihr seid als Delegierte von Westberliner Versammlungen nach Hamburg gesandt worden. Merkt Euch die Versammlung, sowie die Westberliner Adresse, unter der Ihr registriert seid. Aber seid selbst in Bezug auf Eure Reisevorkehrungen als Westberliner verschwiegen um dem Feind keine unnötigen Fingerzeige zu geben. Ein nicht einmal bösgemeintes Wort eines Weltmenschen, der die Probleme der Werkes nicht kennt, mag große Schwierigkeiten auslösen.

Der Rückflug erfolgt von Hamburg-Fuhlsbüttel. Da wir Euch nicht mehr erreichen, ist es nötig, dass Ihr ganz selbstständig handelt. Es ist sehr wichtig, dass Ihr Euch zu den Flügen pünktlich einfindet, damit Ihr nicht durch unvorhergesehene Verzögerung, die Ihr auf dem Wege haben mögt, die Zeit verpasst und der Platz verfällt. Findet Euch eine Stunde vor dem Abflug ein und meldet Euch beim Schalter der betreffenden Fluggesellschaft. Vergewissert Euch genau, für welchen Rückflugtermin Ihr eingeteilt seid, d. h. welche Daten, Uhrzeiten und Fluggesellschaft vorgesehen sind. In Hamburg hat die Europa-Flug G.m.b.H. gleichfalls für die Overseas Aviation Limited einen Sonderschalter zur Abfertigung, an dem zeitweilig ein Mitarbeiter der Gesellschaft tätig sein wird. Wenn Ihr Euch auf die Rückfahrt begeben, vergesst nicht, das Kongressabzeichen abzunehmen und entfernt auch alle Kongress-Ausweise, Mitteilungen, Papiere und Notizen aus Euren Taschen, die Euch bei der Rückkehr in die Zone Schwierigkeiten bereiten könnten. Seid hierin wachsam. Haltet Euch auf dem Rückflug an die Anweisung, jedes Sicherkennengeben als Zeuge Jehovas zu vermeiden, auch wenn Ihr meint, nur mit Brüdern Zusammenzusein. Auch nachdem Ihr wieder gut Zuhause angekommen seid, lasst in Euer Wachsamkeit nicht nach. Falls der SSD den Versuch machen sollte, Euch durch raffinierte Verhöre zur Preisgabe dessen, was Ihr wisst, und zu Eurer Selbstbelastung zu bewegen, geht nicht auf die Dinge ein und lasst Euch nicht verblüffen, wenn man Euch gewisse Einzelheiten vorhält, die zutreffend sein mögen. Seid völlig unwissend. Solange Ihr nichts "bestätigt", wissen sie nichts von Euch und können Euch nichts zur Last legen. Ihr selbst würdet ihnen erst die Beweise in die Hand geben, die sie benötigen.

Solltet Ihr in Hamburg irgendein dringendes Problem in Verbindung mit dem Besuch des Kongresses haben, versucht bitte, ob man Euch in dem durch den Globus gemachten Zelt helfen kann. Sprecht dort mit dem Kennwort "Tante Maria" vor. Wir wünschen Euch nun eine gute Reise und gesegnete Festtage unter Jehovas vereinten Anbetern. Denkt daran, dass es Euer Vorrecht ist, all die guten Eindrücke mit nach Hause zu nehmen und sie in Eurer Versammlung weiterzugeben, soweit die verantwortlichen Brüder dies für gut befinden und Euch entsprechende Aufträge erteilen.

Mit Euch in der Schaustellung der Einheit verbunden, grüßen Euch
Eure Brüder und Mitdiener
Wachturm B. & T. Gesellschaft
Deutscher Zweig e. V.

Berlin, den 10. Juli 1961"

Am 13. August 1961 wurde die Staatsgrenze in Berlin seitens der DDR unter Kontrolle genommen. Ein Eingreifen der Bundeswehr fand jedoch nicht statt. Für die WTG aber war der »Ernstfall« eingetreten. Es galt jetzt, die vorbereitete illegale Organisationsform in Aktion treten zu lassen. Das Ostbüro hatte seinen Wert verloren. Es blieb nur noch für die Westberliner Angelegenheiten der WTG zuständig.

In der Meinung, der neue Untergrundapparat sei trotz der Grenzsicherungsmaßnahmen unaufhaltsam angelaufen, höhnte die WTG im Frühjahr 1962, ihre Anhänger mit gefräßigen Heuschrecken vergleichend (»Der Wachturm«, 1. März 1962):

Zitat:

"1. März 1962 Der WACHTTURM

Man mochte noch so hohe gesetzliche Schranken oder "Mauern" errichten, hinter denen man sich verschanzte, diese Heuschrecken erklimmen sie, selbst wenn sie, bis an die höchsten Gerichte des Landes gelangen mussten. Sie stiegen über solche Mauern hinweg und rückten weiter vor. Die Mauern, die der Nationalsozialismus, der Faschismus und die Katholische Aktion zum Schutze der Christenheit errichteten, und auch die Mauern, die der russische Kommunismus errichtete, konnten Jehovas symbolischen Heuschreckenheer an seinem Vormarsch nicht hindern.

Zu den Feinden, die sich der Verkündigung der Gerichtsbotschaft widersetzen, sagen die "unterirdisch" und "überirdisch" wirkenden Zeugen Jehovas: "Wir müssen Gott, dem gehorchen als den Menschen"

46. Nützten die Mauern, die man zum Schutz vor dieser Invasion errichtete?"

Aber man befeuerte nicht nur die Grenzsicherungsmaßnahmen in Berlin, man höhnte nicht nur, sondern schuf sich auch ein buchstäbliches »Loch in der Mauer«, um von Westberlin aus Materialien für die »unterirdische« Tätigkeit in der DDR einzuschleusen. Eine ganze Reihe von Maßnahmen liefen nun an, um die Verbindung zwischen der Untergrundorganisation in der DDR und dem Zweigbüro in Wiesbaden zu sichern. Treffs wurden unter bestimmten Tarnbezeichnungen organisiert. In Interzonenzügen glaubte man unauffällig tote Briefkästen einrichten zu können, die in Westdeutschland mit Originalmaterial oder Filmen gefüllt wurden und dann auf dem Gebiet der DDR durch Kuriere zu leeren waren. Man verlegte sich auf den Missbrauch der durch die Passierscheinabkommen zwischen der Regierung der DDR und dem Westberliner Senat ermöglichten Verwandtenbesuche in Berlin, der Hauptstadt der DDR. Als die Regierung der DDR die Möglichkeiten schuf, dass Rentner nach Westdeutschland reisen können, wurde auch das für geheime Nachrichten- und Kuriertätigkeit im Interesse der Untergrundorganisation ausgenutzt. Ein Schwerpunkt war ferner die getarnte Materialschleusung auf dem Postwege. Äußerlich harmlose Geschenksendungen mit Kinderspielzeug und Genussmitteln enthielten in Wirklichkeit WTG-Literatur, Bücher und sonstige Materialien für die Untergrundtätigkeit. Das Material, das in die DDR gelangte, wurde dort vervielfältigt. Hierfür waren auf diese Weise zumeist die »Kreis«- oder »Gebietsdiener« verantwortlich, bei denen mit entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen Einrichtungen für Filmmaterial, Kopieren usw. geschaffen wurden.

Man organisierte schließlich sogar sogenannte Testreisen in die Sowjetunion, z. B. nach Leningrad und Moskau, um über die Untergrundorganisation in der DDR das illegale Eindringen in die Sowjetunion zu forcieren. Alles geschah in der Illusion, die Behörden in den sozialistischen Ländern seien »von Jehova mit Blindheit geschlagen« und man brauche in den Zentralen der WTG dafür ja nicht die Haut zu Markte zu tragen.

Bei der Gewinnung neuer Anhänger unter den Bedingungen der Illegalität wird wie folgt vorgegangen. Unter Verheimlichung seiner Zugehörigkeit zu den Zeugen Jehovas hat der WTG-Verkündiger angesprochene Personen erst gründlich zu testen, vor allem was die politische Einstellung betrifft. Dann erfolgt eine Einschätzung und Überprüfung im Hinblick auf die Einbeziehung in die Untergrundorganisation und Tätigkeit. Verläuft das im WTG-Sinne positiv, so geht man von gelegentlichem Ansprechen zu regelmäßigen Hausbesuchen und Einbeziehung

in die illegalen Studiengruppen über. Dies ist eine Methode, labile Menschen zu »jagen und fischen« und zu binden, bis sie keinen Rückweg mehr sehen.

Die Gewinnung von neuen Anhängern obliegt besonders sogenannten Pionieren. Das sind Zeugen Jehovas, die beruflich nur Arbeitsverhältnisse mit verkürzter Arbeitszeit eingehen. Ihr Ziel ist: monatlich 100 Stunden im WTG-Einsatz. Sogenannte Ferienpioniere verwenden ihren Jahresurlaub für diese Zwecke. Unter den Bedingungen der Illegalität sind solche Methoden freilich nur beschränkt möglich, aber sie werden praktiziert.

Ein besonderer Schwerpunkt ist schließlich die laufende Schulung der Untergrundfunktionäre in den Methoden und Mitteln der Abdeckung und Tarnung, sowie in der religiösen und politischen Anleitung der einfachen Anhänger. Hierfür wurden sogenannte Königreichsdienstschulen eingerichtet. Bis 1961 befand sich diese Schule für Untergrundfunktionäre aus der DDR und anderen sozialistischen Ländern im WTG-Ostbüro in Westberlin. Seitdem werden solche Schulungen je nach den Umständen in der DDR in Privatwohnungen oder auch auf Zeitplätzen und dergleichen organisiert.

Damit hat die illegale WTG-Organisation in der DDR und anderen sozialistischen Ländern mit ihren Tarnmethoden, Schlüsselsystemen, Deckadressen, Kurierverbindungen usw. einen Charakter angenommen, wie ihn Spionage- und sonstige Untergrundorganisationen auch haben um ihre Tätigkeit zu sichern. Den WTG Anhängern wird jedoch laufend eingeredet, Jehova, Gott, halte die sichernde und schätzende Hand über diese Tätigkeit, wofür man beten und danken müsse. Die Tatsachen offenbaren indessen die Haltlosigkeit aller derartigen Vorstellungen.

Politisches Verhalten im Spannungsjahr 1953

Nachdem im Juli 1952 der Aufbau des Sozialismus in der DDR beschlossen worden war, versuchten die imperialistischen Kreise des Westens, diese Entwicklung am 17. Juni 1953 durch den Sturz der Arbeiter-und-Bauern-Macht zu verhindern. Die Hauptdrahtzieher im Hintergrund waren dabei ohne Zweifel die westlichen Geheimdienste.

Aber auch die WTG war in der Zeit, die jenem Tag X »der Liquidierung der DDR« vorausging, psychologisch und politisch auf besondere Weise mit dabei. In ihren Publikationen, die öffentlich und über die Untergrundorganisation verbreitet wurden, schürte sie Hass und Feindschaft gegenüber der sozialistischen Gesellschaftsordnung und gegenüber der Sowjetunion, wobei sie in den Ausdrucksformen die übelsten Tiraden übertraf, die je von kapitalistischer und faschistischer Seite gegen Sozialismus und Kommunismus vorgetragen wurden. Die folgenden Auszüge veranschaulichen diese WTG-Propaganda im Einzelnen.

Im Sommer 1952 wurde mit der »Wachturm«-Ausgabe vom 1. Juni 1952 - für die DDR als getarnter Sonderdruck aus Wiesbaden ohne die üblichen Herkunftsangaben - unter der Schlagzeile »Ist Gott für die Weltbedrängnis verantwortlich?« fanatisierende antikommunistische Propaganda unter die christliche Bevölkerung geworfen

Zitat:

"IST GOTT FÜR DIE WELTBEDRÄNGNIS VERANTWORTLICH?"

Der Kommunismus wurde mittels verderbter Religion und erbarmungsloser Politik durch Satan, den Teufel gezeugt, genährt und zur Reife gebracht. Ob die Groszen Religionen der Welt es gern hören oder nicht, besonders jene, die sich christlich zu sein bekennen, sind sie doch für den Sprössling Kommunismus verantwortlich. Er ist ihr Sprössling - diese christuslose, gottentehrende und teuflischste Religion von allen. Ja, ihr eigener Sprössling, der nun aufsteht um sie zu vernichten.

Welches Rettungssystem sucht denn der Kommunismus der ganzen Erde aufzuwingen und das Volk zu dessen Sklaven zu machen? Den befremdenden, unsinnigen Wahn, dass eine gottlose, christuslose, materialistische Gesellschaftsordnung, die den Schöpfer unseres Planeten und die von ihm festgelegten Gesetze zur Leitung seiner Geschöpfe völlig außer acht lässt, dem Volke Frieden, Sicherheit und Rettung bringen könne. Gleich ungezügelter wilden Tieren zwingen sie dem Volke hinter dem Eisernen Vorhang ihre Ideen und wilden Träume auf. Und die andern Nationen und Völker der Erde haben damit zu kämpfen.

Hitler war von einem ähnlichen Wahnsinn besessen.

Im Frühjahr 1953 setzte man diese Hetze konzentriert auf die DDR in »Wachturm«-Nachdrucken über »Ostdeutschland« öffentlich fort (»Jahrbuch« 1953):

Zitat:

"Berichte aus dem Jahrbuch 1953 der Zeugen Jehovas
Ostdeutschland

In Ostdeutschland ist der Eiserne Vorhang der Unfreiheit tief heruntergelassen. Die Überwachung durch den Staat erfasst alle öffentlichen Einrichtungen. Fabriken, Geschäftsfirmen und Verkehrsmittel. Der Staat dringt direkt in den engeren Familienkreis ein, und bestimmt erfüllen sich heute in diesem Lande und in vielen anderen die Worte von Matthäus 10:36 (NW): "In der Tat, eines Menschen Feinde werden seine eigenen Hausgenossen sein." Ein grausames Terror-Regime in dem von den Kommunisten beherrschten Ostdeutschland hält die Bevölkerung vom Staate abhängig und in völliger Sklaverei und dauernder Furcht" Druck und Verlag: Watch Tower. Wiesbaden."

Zur gleichen Zeit wurde mit der »Erwacht«-Ausgabe vom 8. April 1953 unter Schlagzeile "Hammer und Sichel über Brasilien" eine antikommunistische Hetze im internationalen Maßstab öffentlich vorbereitet:

Zitat:

"Hammer und Sichel über Brasilien
Die Regierung unterdrückt kommunistisches Feuer.
Wiesbaden, 8. April 1953
ERWACHET!

Seitdem die *Partido Comunista* verboten wurde, haben die Roten in Brasilien eine Schmierkampagne großen Stils durchgeführt, indem sie im ganzen Lande auf Wände, Bürgersteige und Zäune Schlagwörter und Zeichnungen mit Pech und weißer schmierten. Einige dieser Schlagwörter lauten zum Beispiel: "Schickt eure Söhne nicht nach Korea!" "Herunter mit den hohen Lebenskosten!", "Hinaus mit den Yankee-Imperialisten!"

Der "Hammer-und-Sichel"-Gefolgschaft ist schwer beizukommen gewesen, weil sie sich hinter freiheitsliebende demokratische Führer stellte und die unterstützte, die willens waren, mit ihnen zusammen zu gehen, um die Wählermassen für sich zu gewinnen.

Rote Führer ausgehoben

Einige von diesen bekleideten hohe Ämter, wie zum Beispiel Major Julio Sergio.

Es zeigte sich, dass, wo immer man im Staatsapparat einen Stein wegwälzte, die "roten Käfer" des Kommunismus davonflichteten um Deckung zu suchen. Aber man ist allgemein der Ansicht, dass es noch mehr Steine wegzuwälzen gibt, ehe man all die rotgefärbten "Genossen" gefunden haben wird, die sich in der ganzen brasilianischen Verwaltung ingenistet haben.

Kampf den "Röteln"

Der Kreuzzug gegen den Kommunismus fand natürlich am meisten Unterstützung bei der Römisch-katholischen Kirche, die die rote Plage am stärksten fürchtet. Auch protestantische Organisationen warnten ihre Gläubigen davor, dem rötelnkranken Säugling nahe zu kommen.

Und die Zeitung *O Globo* (7. Oktober 1952) schrieb, dass die Roten auf Calixto einen verborgenen Flughafen besitzen. Calixto ist eine 162 ha große Insel mitten im Rio Grande, der zwischen Minas und Sao Paulo durch die kommunistenverseuchte Gegend von Triangulo Mineiro fließt."

Das Niveau dieser »Erwachtet«-Verkündigung gleicht völlig dem der antikommunistischen Nazipropaganda. Ein unüberbietbarer politischer Hass spricht aus diesen WTG-Publikationen, das Beste, was sich die imperialistischen Strategen im Hinblick auf ihre Umsturzpläne im Jahre 1953 zur Verbreitung unter der religiösen Bevölkerung in der DDR und anderswo nur wünschen konnten.

Schließlich kam zur gleichen Zeit auch noch das WTG-Buch »Was hat die Religion der Menschheit gebracht?« in deutscher Sprache heraus. Darin wurde die gesamte antikommunistische Hetz- und Verleumdungspropaganda der WTG auf Grund ihres neuen Dogmas über Religion vom Juli 1950 zu einer ausschließlich religiösen Betätigung erklärt, ein Trug, der bereits erörtert wurde. Das Buch gipfelte in politisch verleumderischen Aussagen über Kommunisten und Kommunismus.

Zitat:

"Was hat die Religion der Menschheit gebracht?"

Kapitel 1

Die Religion ist universell. Ungeachtet, wie laut die roten Faschisten oder Kommunisten behaupten mögen, gottlos zu sein, üben selbst sie Religion aus,

Kapitel XXV

Die Rote Religion und der "Mensch der Gesetzlosigkeit"

Was hat die Religion der Menschheit gebracht?"

Veröffentlicht in Englisch 1951

Veröffentlicht in Deutsch 1953

von der

Watch Tower Bible & Tract Society

International Bible Students Association

Brooklyn 1, N. Y., U.S.A. - Wiesbaden"

Es liegt in der Konsequenz der Bindungen an die herrschenden Kreise des USA-Finanzkapitals, dass die WTG ausgerechnet in der Zeit vor 1953 mit dieser maßlosen politischen Hetze unter der religiösen Bevölkerung in Erscheinung trat. Es dürfte jedoch zweckmäßig sein, über den moralischen Unwert dieser Hetz- und Verleumdungskampagnen der WTG zu jener Zeit etwas weiter nachzudenken.

Die abgedruckten Beispiele zeigen, dass man es bei der WTG-Führung mit religiös-politisch verbohrt Fanatikern zu tun hat deren politische Denkweise bisher nur eine Parallele hat: die Gesinnung der Himmlerschen SS-Schergen. Der Unterschied ist lediglich der, dass die SS ihre unmenschliche und barbarische Denkweise mittels Einsatzkommandos und Genickschußkolonnen bzw. Gaskammern in die verbrecherische Praxis umsetzte, während für die Zeugen Jehovas laut WTG Jehova die endgültige Kommunistenausrottung vollziehen soll. Was sind das aber für Christen, deren politische Denkweise hier im Prinzip nicht von der Gesinnung der Gestapo und SS zu unterscheiden ist?

War es mit der Wiedererlangung der Legalität in Osteuropa ernst gemeint?

Während man die in der DDR noch tätigen Zeugen Jehovas weiter in dem Glauben hielt, bald wäre die "Ostzone befreit" und das "Regime" - gemeint war die DDR - könne sich unmöglich so lange halten wie einst die Nazis, begann man offensichtlich im WTG-Hauptbüro in Brooklyn zu begreifen, dass es sinnlos sei, auf ein kurzfristiges "Zurückrollen des Kommunismus" zu hoffen und die Verkündigung darauf wie bisher festzulegen. Das Juni-Abenteuer von 1953 in der DDR war gescheitert. Die Stärke und Geschlossenheit der sozialistischen Länder, insbesondere der Sowjetunion wurden immer mehr zum bestimmenden Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung. Damit sanken auch alle WTG-Spekulationen auf eine baldige Änderung der Lage in Osteuropa zugunsten des Kapitalismus in sich zusammen. Angesichts dessen schien das Verbot der WTG in den sozialistischen Ländern von unabsehbarer Dauer zu sein.

Im Jahre 1956 hielt die WTG den Zeitpunkt für gekommen, einen Versuch zu unternehmen, um die Aufhebung des Verbots der Zeugen Jehovas in den sozialistischen Ländern zu erreichen. Das Zweigbüro in Wiesbaden spielte dabei mit dem Gedanken, auch in der DDR die WTG-Organisation legal wiedererstehen zu lassen, »auf einer loyalen Grundlage, nicht wie bisher als Kampfmittel gegen den Staat«, wie sich Erich Frost äußerte. Die Wiedererlangung der Legalität hätte allerdings erfordert, jeglichen Kampf gegen die sozialistischen Staaten aufzugeben und sich tatsächlich nicht mehr als »Kampfmittel gegen den Staat« einsetzen zu lassen - übrigens ein bezeichnendes Eingeständnis der bisherigen politischen Rolle der WTG. Nur so könnte eine loyale Grundlage geschaffen werden.

Was die WTG-Führung jedoch in diesem Zusammenhang unternahm, zeigt, dass sie nicht an eine wirkliche Umstellung dachte, wie es vom westdeutschen Zweigbüro offensichtlich in Unkenntnis der Gesamtkonzeption und Taktik des Hauptbüros in Brooklyn ins Auge gefasst war. So sollte sich das vom Zweigbüro in Wiesbaden entwickelte Vorhaben, in Zukunft gegenüber der DDR loyal zu sein, nur als ein Manöver erweisen. Am Prinzip änderte sich nichts, Die Taktik des Hauptbüros war, die Situation auszunutzen, ohne auch nur im geringsten die alten Ziele aufzugeben.

In der Zeit vom Juli 1956 bis etwa Februar 1957 wurde deshalb von 199 Bezirksversammlungen der Zeugen Jehovas, »die in der ganzen Welt stattfanden«, eine Petition an die Sowjetregierung gesandt, in der Legalität für die WTG-Tätigkeit und die Zeugen Jehovas in den sozialistischen Ländern gefordert wurde. Besonders beachtenswert in dieser Petition sind die Erklärungen, die die WTG über die politische Haltung und Tätigkeit ihrer Anhänger, der Zeugen Jehovas, abgibt. Man wird dabei an ihre Petition vom 10. Juli 1950 an die Regierung der DDR erinnert.

Die erste Petition dieser Art wurde am 30. Juni 1956 von Kemi (Finnland) aus an die Regierung der Sowjetunion abgeschickt. Man lese die darin enthaltenen politischen Behauptungen der WTG an die Adresse der Sowjetregierung (»Wachtturm« vom 15. April 1957).

Zitat:

"An die Kommunistenführer eingereichte Petition

15. April 1957

Der WACHTTURM

Die angenommene Petition

An den Herrn Ministerpräsidenten

Nikolai A. Bulganin,

Vorsitzender des Ministerrates der Sowjetunion

Moskau, UdSSR

PETITION

Eine objektive Untersuchung der Sache der Zeugen Jehovas wird offenbaren, dass sie es nie verdienten, eingesperrt, deportiert und in Straflager gesandt zu werden. Darum erachten wir es jetzt als höchst zeitgemäß, an Ihre Regierung eine PETITION zu richten mit dem Ersuchen, diese aufrichtigen Christen, die sich durch ihre glühende Liebe zur Gerechtigkeit, zur Wahrheit und zum Frieden auszeichnen, (a) freizulassen und (b) sie zu ermächtigen sich zu christlichen Versammlungen zu organisieren, ferner zu Kreisen und Bezirken, die alle diese Versammlungen im ganzen Lande umfassen, wobei ihnen verantwortliche Prediger und Diener gemäß demselben Muster dienen, dem in allen anderen Ländern gefolgt wird; (c) sie zu autorisieren, reguläre Beziehungen mit der christlichen leitenden Körperschaft der Zeugen Jehovas in Brooklyn, New York, Vereinigte Staaten von Amerika, aufzunehmen und (d) sie zu ermächtigen, die Zeitschrift *Der Wachturm* in Russisch, Ukrainisch und , je nach Bedarf, in anderen Sprachen zu empfangen und zu veröffentlichen, desgleichen weitere biblische Schriften, wie sie von Jehovas Zeugen in der ganzen Welt verwendet werden.

Zum römischen Statthalter Pontius Pilatus sagte Jesus Christus: "Mein Königreich ist nicht von dieser Welt", wodurch er zeigte, dass das Römische Reich, dessen Vertreter Pilatus in Palästina war, wegen seiner religiösen Tätigkeit nicht beunruhigt zu sein brauchte. Er bekämpfte die machthabende politische Regierung nicht. Er verfolgte keine politischen Interessen und Ziele.

Jehovas Zeugen schaden niemandem. Sie bleiben neutral gegenüber den Streitigkeiten dieser Welt. Sie befassen sich weder mit irgendeiner umstürzlerischen Tätigkeit noch mit Spionage. Sie sind nicht Nationalisten, nicht selbstsüchtige Kapitalisten, nicht Imperialisten. Als wahre Christen können sie das gar nicht sein, noch könnten sie für irgendwelche politischen Lehren oder Ideologien kämpfen, seien diese nun kommunistisch, demokratisch oder kapitalistisch.

Sie erfüllen ihre richtigen Pflichten als Bürger des Landes, in dem sie leben. Sie sind intelligente Menschen, die nicht daran glauben, dass all die Bedrückung und die unrichtige Unterweisung durch falsche Religionen Erfolg haben. Sie stehlen nicht und betrinken sich nicht, wodurch der Produktionsgang verlangsamt werden könnte, und sie beteiligen sich niemals an irgendwelchen Sabotagehandlungen. Sie folgen den Lehren der Heiligen Schrift, deren Drucklegung und Verbreitung in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken die Regierung der UdSSR vor kurzem genehmigt hat.

VORSCHLAG ZU EINER BESPRECHUNG

Es würde uns sehr freuen, die Angelegenheit durch Vertreter unserer leitenden Körperschaft, der Watch Tower Bible and Tract Society, mit Ihnen weiter besprechen zu können, sei es nun durch Ihren ersten Vertreter in den Vereinigten Staaten von Amerika oder direkt mit Ihrer Regierung in Moskau.

Einstimmig angenommen durch die Bezirksversammlung in Kemi, wie bestätigt durch Väino Pallari, Pressebeamter am 30. Juni 1956 in Kemi, Lappland (Finnland)."

Im Grunde genommen bringt die Petition nichts Neues. Das Schreiben enthält die gleichen Forderungen und unehrlichen Beteuerungen, wie sie schon bei anderen Gelegenheiten gemacht wurden. Die gesamte politische WTG-Praxis straft auch diese Petition Lügen. Wie wenig die ganze Aktion ernst und ehrlich gemeint war, zeigte nicht nur die maßlose antikommunistische Hetze der WTG in den Jahren zuvor. Skrupellos ließ man auch 1956/57 die antikommunistische psychologische Kriegführung gegen Sozialismus und Kommunismus in der WTG-Verkündigung mit unverminderter Heftigkeit weiterlaufen.

Den Abschluss der Petitionsaktion bildete ein Schreiben des WTG-Direktoriums in Brooklyn, New York, an den damaligen sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin vom 1. März 1957. Das Schreiben enthielt die gleichen unehrlichen Beteuerungen über eine angeblich völlige politische Unschuld der WTG-Anhänger.

Zitat:

"15. April 1957 Der WACHTTUM

am 1. März 1957 folgende gemeinsame Petition an die Kommunistenführer

An den Herrn Ministerpräsidenten

Nikolai A. Bulganin

Vorsitzender des Ministerrates der Sowjetunion

Moskau, UdSSR

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Hiermit wendet sich die leitende Körperschaft der in der ganzen Welt wirkenden Gruppe von Christen, Jehovas Zeugen genannt, an Sie.

Unter der Leitung der Watch Tower Bible and Tract Society von Pennsylvania, einer fortwährend zunehmenden Organisation christlicher Prediger, unterrichten Jehovas Zeugen in 162 Ländern, Republiken und Kolonien auf der ganzen Erde die Menschen über das Wort des allmächtigen Gottes, Jehovas, des Schöpfers des Universums. Sie sind wahre Christen, die sich in ihrer echten Anbetung Gottes, Jehovas, von den in der Heiligen Schrift niedergelegten gerechten Maßstäben und Grundsätzen leiten lassen.

Innerhalb der Grenzen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken befinden sich Tausende dieser Zeugen Jehovas. Sie bemühen sich treulich, dem höchsten Gott, Jehova, unter prüfungsvollen Umständen zu dienen. Viele von ihnen wurden verhaftet und ins Gefängnis gesteckt. Andere sind von ihren Wohnstätten weit weg in die Verbannung nach Sibirien geschickt worden. Dies geschah nicht etwa, weil sie irgendein Verbrechen begangen oder sich in irgendeiner Weise politisch betätigt hätten. Jehovas Zeugen sind die friedlichste, gesetzestreueste Gruppe Menschen auf Erden. Sie sind einzig und allein deshalb bestraft worden, weil sie Gott hingeebene Christen sind, die sich aufrichtig bemühen, den Anforderungen Jesu Christi nachzukommen. Sie trachten allerdings in erster Linie nach dem Königreich Gottes und seiner Gerechtigkeit, weil Christus, laut Matthäus 6: 33, alle Christen anwies, dies zu tun. Dabei befolgen sie auch alle Gesetze des Landes, in dem sie leben, ausgenommen, es werde ein Gesetz erlassen, das im Widerspruch mit dem höchsten Gesetz des Schöpfers steht. Sie sind gewissenhaft und achten sorgfältig darauf, "Cäsars Dinge dem Cäsar zurückzuzahlen, Gottes Dinge aber Gott". - Matthäus 22:21 *NW*.

Als leitende Körperschaft der Zeugen Jehovas in der ganzen Welt sind wir ermächtigt, Ihnen hiermit eine gemeinsame Petition bezüglich der Probleme der Zeugen Jehovas in der Sowjetunion zu unterbreiten.

Unterbreitet von den Direktionsmitgliedern:

WATCH TOWER BIBLE AND TRACT SOCIETY OF PENNSYLVANIA

N. H. Knorr, Präsident

F. W. Franz, Vizepräsident

Grant Suiter, Sekretär-Kassier

H. H. Riemer, stellvertretender Sekretär-Kassier

T. J. Sullivan, Direktionsmitglied

L. A. Swingle, Direktionsmitglied

M. G. Henschel, Direktionsmitglied"

Während die WTG-Führung hier also beteuert, ihre Anhänger, die Zeugen Jehovas, würden völlig unschuldig bestraft, sie hätten sich nie in irgendeiner Weise politisch betätigt, sie wären vielmehr politisch völlig neutral, nehme man die folgenden Auszüge aus der WTG- Politik zur Kenntnis, die man zur gleichen Zeit betrieb, als man mit jenen Unschuldsbeteuerungen an die Sowjetregierung herantrat. In der gleichen »Wachturm«-Ausgabe vom 15. April 1957, die die Petition veröffentlichte, höhnte die WTG über die Sowjetunion:

Zitat:

"STREIFLICHTER AUS DEM ROTEN PARADIES

Der WACHTTURM

15. April 1957 Nr. 8

Halbmonatlich

Wenn alle Menschen wieder einen Gott anbeten

Geistiger Hunger in der Christenheit

Streiflichter aus dem roten Paradies

An die Kommunistenführer eingereichte Petition"

In der parallel laufenden »Erwachtet«-Ausgabe vom 22. April 1957 proklamierte die WTG dazu offen die Vernichtung der Sowjetunion und des Kommunismus, wie die beigegefügte Karikatur des zertrümmerten Staatssymbols der Sowjetunion veranschaulicht.

Zitat:

"GOTTES WORT TRIUMPHIERT ÜBER DEN KOMMUNISMUS

Wahre Christen werden von kommunistischen Führern misshandelt, aber ihr Glaube an Gottes Wort hält sie aufrecht. Lesen Sie den ergreifenden Bericht "Streiflichter aus dem Roten Paradies" in der Zeitschrift *Der Wachturm* vom 15. April 1957. Er wird Ihren Glauben an die Bibel stärken. Senden Sie den nachstehenden Abschnitt ein. Wenn Sie diese Zeitschrift gelesen haben, wünschen Sie bestimmt auch einen Anteil an der Verbreitung der 10 000 000 Exemplare zu haben, die von dieser Ausgabe gedruckt worden sind. Bestellen Sie außerdem einige Exemplare der vorliegenden Ausgabe von *Erwachtet!* Bestellen Sie noch heute.

Geben Sie diese aufrüttelnde Botschaft auch an Ihre Freunde weiter
30 Exemplare von *Der Wachturm* oder *Erwachtet!*
oder ja 15 Exemplare von beiden für 4 DM (Schweiz 5 Fr.)
WACHTTURM-GESELLSCHAFT (16) WIESBADEN-DOTZHEIM AM KOHLHECK"

Ebenfalls 1957 erschien der religiös-politische Leitfaden für die WTG-Verkündigung »Vergewissert euch über alle Dinge« in deutsch, worin gegen die sozialistische bzw. kommunistische Staats- und Gesellschaftsordnung vorgegangen wurde.

Zitat:

"VERGEWISSERT EUCH ÜBER ALLE DINGE"

Der Kommunismus wird untergehen, weil er Jehovas Zeugen bekämpft
Röm. 13: 2, 3 "Wer sich daher der Obrigkeit widersetzt, widersteht der Anordnung Gottes; die aber widerstehen, werden ein Urteil über sich bringen."

Kommunismus

Definition

Eine Theorie oder ein System sozialer Organisation, das sich auf den Gedanken stützt, dass aller Besitz Gemeinbesitz sei, indem das tatsächliche Eigentumsrecht dem Gemeinwesen als Ganzem zugeschrieben wird. In der Praxis ist es heute ein System, in welchem alle wirtschaftliche, religiöse und politische Tätigkeit von einem totalitären Staate gelenkt oder geleitet wird, welcher

von einer einzigen politischen Partei beherrscht wird, die sich selbst an der Macht erhält. Der Staat als der Höhere neigt dazu, seine Untertanen als Untergeordnete vom Staat vollständig abhängig zu machen. Obwohl Gottlosigkeit vorgegeben wird, werden in gewissen Fällen Religionen zugelassen, damit sie dem Staate unterwürfig dienen. Der Kommunismus selbst ist zu einer falschen Religion geworden, die in der ganzen Welt gepredigt wird, und dies, weil er sich Befugnisse anmaßt, die Gott gehören und dadurch das Volk veranlasst, zum Staate zur Rettung aufzublicken und ihn zu verehren statt Gott.

"Vergewissert euch über alle Dinge"

Veröffentlicht in Englisch 1953

Veröffentlicht in Deutsch 1957

von der

WATCHTOWER BIBLE AND TRACT SOCIETY
OF NEW YORK, NC.

International Bible STUDENTS Association

Brooklyn, New York, U. S. A."

Diese politische Hetze stand zudem noch im Zeichen der erst 1962/63 von der WTG selbst verworfenen Obrigkeitslehre, die Regierungen seien unrechtmäßig. Nicht im geringsten kann daher von Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt der WTG und ihrer Anhänger, »Cäsars Dinge dem Cäsar zurückzuzahlen«, die Rede sein, wie zum Schluss der Eingabe an die Sowjetregierung behauptet wird. Besagte doch diese Lehre, auch die Sowjetregierung sei keine rechtmäßige Obrigkeit für Christen. Es war also nicht Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt, sondern krasse Provokation und sinnlose Spannung, die zu der feindseligen politischen WTG-Propaganda hinzukam.

Gegründet auf eine unwahre Darstellung des politischen Tatbestandes und auf den Vorsatz, im Kampf gegen Sozialismus und Kommunismus unbedingt fortzufahren, musste der Versuch, in den sozialistischen Ländern wieder Legalität zu erlangen, folgerichtig scheitern. Es war ein unehrliches, ja heuchlerisches Unternehmen.

Zeugen Jehovas als »politische Flüchtlinge«

Die religiös-politische Zielsetzung der WTG erfordert, dass möglichst viele Zeugen Jehovas in den sozialistischen Ländern und vor allem in der DDR wirken, ungeachtet der nervenaufreibenden Bedingungen der Illegalität. Darum war und ist die WTG gar nicht so sehr daran interessiert, in akute Gefahr geratene Untergrundmitarbeiter sogleich nach dem Westen in Sicherheit zu bringen. Die WTG-Anhänger sind in erster Linie dazu da, die »theokratischen« Weisungen, d. h. die Befehle ihrer Organisation auszuführen und dafür unter Umständen zu leiden, nicht aber den Leiden aus dem Wege zu gehen. In der Praxis betrifft das jedoch zumeist nur die einfachen Anhänger. Anders ist es mit solchen Funktionären, die für die WTG von Wichtigkeit sind. Bei allen Mitarbeitern, die Schlüsselpositionen in der Untergrundorganisation in der DDR innehatten oder sonstwie in wichtigen Diensten standen und mit deren Festnahme zu rechnen war, wurde eine Flucht nach Westberlin oder Westdeutschland unterstützt.

Die WTG-Büros in Westberlin und Wiesbaden hatten zu diesem Zweck auf Grund bestimmter Abkommen mit der Politischen Polizei in Westberlin und Westdeutschland die Befugnis erhalten, eigenverantwortlich Bescheinigungen auszustellen, die den aus der DDR geflüchteten WTG-Mitarbeitern bestätigten, dass sie »politische Flüchtlinge« seien und auf Grund dessen sie alle materiellen Vergünstigungen zu erhalten hätten, die die Bundesrepublik aus politischen Erwägungen heraus gewährte. Mit der Einräumung des Rechtes, solche Bescheinigungen zur Anerkennung als »politischer Flüchtling« auszustellen, wird von staatlicher Seite - in diesem

Falle von den westdeutschen Behörden - bestätigt, dass die WTG und ihre Anhänger eindeutig auch politisch tätig sind, und zwar im Sinne einer DDR-feindlichen Politik. Zugleich erweist sich damit aufs Neue die Unwahrhaftigkeit jener »Entschliebung« auf dem Westberliner Waldbühnenkongress vom 30. Juli 1949, das Verhältnis der WTG-Anhänger zur DDR betreffend, »Jehovas Zeugen ... verharren in der durch Gottes Gesetz festgelegten Neutralität allen politischen und weltanschaulichen Streitigkeiten dieser Welt gegenüber«. Die Zuerkennung des Prädikats »politische Flüchtlinge« an die aus dem WTG-Untergrund in der DDR nach dem Westen Geflüchteten durch die westdeutschen Behörden bestätigt es damit sozusagen von Amts wegen, was die gesamte bisherige Geschichte der WTG laufend beweist, nämlich, dass alle Neutralitätsbeteuerungen der WTG unehrlich und unwahr sind.

Manchem geflüchteten Untergrundmitarbeiter mag die politische Bedeutung seiner Handlungsweise erst nach und nach in vollem Umfange zum Bewusstsein gekommen sein und gar mancher wurde durch die materiellen Vergünstigungen geblendet, die er nach »Bundesnotaufnahmeverfahren« und Anerkennung als politischer Flüchtling« erhielt. Wie die persönliche Auffassung der Sachlage seitens der WTG-Anhänger auch immer sein mag - die ganze Angelegenheit zeigt eindeutig, dass die WTG-Untergrundorganisation in der DDR von den militaristischen und imperialistischen Kreisen des Westens in ihrer politischen Bedeutung anerkannt und begünstigt wird und somit eine wichtige Rolle in der psychologischen Kriegführung auf religiösem Gebiet gegen die DDR spielt.

Die Zuerkennung des Prädikats »Politische Flüchtlinge« für Zeugen Jehovas aus der DDR erfolgte auf Grund des hier wiedergegebenen und vom Ostbüro der WTG in Westberlin ausgestellten Fragebogens:

Zitat:

"Watch Tower Bible and Tract Society
of Pennsylvania
Berlin-Charlottenburg 9
Bayernallee 49/50

Berlin, den ...

Ich habe mich entschlossen, als Flüchtling aus der Sowjetzone Deutschlands nach Westberlin bzw. Westdeutschland zu gehen. Ich bin am ... in meiner Heimatversammlung abgereist und am ... in Berlin eingetroffen. Hierüber mache ich folgende Angaben: (Bitte alle Namen und Anschriften in Blockschrift schreiben. Nichtzutreffendes bitte durchstreichen.)

Mein voller Name lautet ... (Vor- und Zuname, Frauen auch Geburtsname)

geboren am ... in ... Familienstand ... Beruf ...

Meine letzte Anschrift in Ostdeutschland lautete: ...

Versammlung ... getauft am ... Dienstadt ...

Vor meiner Abreise habe ich mit ... Rücksprache genommen und ihn über mein Vorhaben informiert und alle von mir verwalteten Versammlungsangelegenheiten übergeben.

Zu meinem Haushalt gehören:

Ehefrau/Ehemann ... getauft am ...

Kinder oder sonstige Angehörige (Name, Alter, ggf. Taufdatum) ...

Sie befinden sich bei mir in Berlin Ja/Nein

Falls noch in der Zone verblieben, warum? ...

Ich selbst befand mich vom: ... bis ... in Haft

Höhe der Strafe bei der Verurteilung ...

Folgende Angehörige befinden sich noch in Haft: ...

Der Anlass zu meinem Entschluss ist folgender: ...

Ich habe - bereits - noch nicht - bei den Bundesnotaufnahme-Behörden meinen Antrag auf

Anerkennung als Flüchtling eingereicht.

Erkundigung über mich könnt ihr bei folgenden Brüdern in Ostdeutschland einziehen: (voller Name) ... (Anschrift ...

Nachdem Ihr über meinen Fall jene notwendigen Auskünfte erhaltet, bitte ich Euch, mir eine Bescheinigung für das Bundesnotaufnahmeverfahren auszustellen, in der bestätigt wird, dass ich bis zu meiner Abreise mit der Organisation von Jehovas Zeugen im aktiven Sinne verbunden war. ... (Unterschrift)

Meine vorläufige Adresse in Berlin lautet:"

Die Anerkennung der aus der DDR geflohenen Zeugen Jehovas als »politische Flüchtlinge« war die eine Seite. Die andere war, dass solche Personen außerdem durch, sogenannte Sichtungsstellen, d. h. durch die Dienststellen der westlichen Geheimdienste gingen, die mittels Befragung der Flüchtlinge Spionagematerial über die DDR sammelten. Diese Tatsache erweckte natürlich Unruhe unter den Geflohenen, und es kam zu einer Befragung des amerikanischen Beraters im WTG-Ostbüro, des persönlichen Sonderbeauftragten von Präsident Knorr, L. Turner, was eigentlich das Ostbüro mit dem amerikanischen Geheimdienst CIC zu tun habe. Turner antwortete, natürlich sei es der Fall, dass jeder aus der »Ostzone« geflüchtete WTG-Anhänger sich beim CIC vorstellen müsse. Doch stehe es jedem frei, die gestellten Fragen zu beantworten. Von Seiten des Ostbüros gebe es hierzu keinerlei Bedenken. Selbstverständlich könne das Ostbüro keine Verantwortung für die gemachten Aussagen übernehmen. Man müsse verstehen, dass das jedem einzelnen selbst überlassen bleibe.

So wurden die Zeugen Jehovas, ob sie es begriffen oder nicht, auch auf diese Weise neben der Verbreitung ihrer verleumderischen politischen Propaganda im Rahmen der psychologischen Kriegführung zur Schädigung der DDR ausgenutzt. Mögen viele einfache Zeugen Jehovas diese Zusammenhänge nicht erkannt haben, die WTG-Führung wusste von Anfang an um die politische Bedeutung ihrer Tätigkeit, wie das Eingeständnis von Zweigdiener Erich Frost, die Zeugen Jehovas bildeten eine »Kampforganisation gegen den Staat«, beweist.

Weiter mit:

[Uraniabuch Kapitel 13](#)

[ZurIndexseite](#)